

Absender

An die Personalstelle

Berlin, _____



Hauptstadtzulage

KLARTEXT REDEN
ZUKUNFT GESTALTEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

Berliner Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte in den Gehaltsgruppen bis einschließlich A 13 / E 13 bekommen ab November 2020 die Hauptstadtzulage ausgezahlt. Die Zulage umfasst einen ablehnbaren, steuerfreien Zuschuss zum ÖPNV-Ticket für Berlin (Jobticket AB) und einen entsprechenden, zu versteuernden Differenzbetrag im Gesamtwert von bis zu 150 Euro pro Monat. Ich bin im Land Berlin beschäftigt und werde aufgrund meiner aktuellen Vergütung hiervon ausgenommen. Weder wird mir der Zahlbetrag gewährt noch habe ich die Möglichkeit der Wahl zum Zuschuss zu einem Firmenticket des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB). Die Hauptstadtzulage soll dem Zweck dienen, die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Landes Berlin als Arbeitgeber zu steigern und so der dauerhaften Konkurrenzsituation zu anderen Arbeitgebern sowie dem Bund gerecht zu werden. Warum dies nicht für meine Vergütungsgruppe gelten soll, verschließt sich mir. Auch für mich gelten die gleichen Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Stadt, diese richten sich gerade nicht nach einer bestimmten Vergütungsgruppe. Soweit Sie für meine Vergütungsgruppe die Gewährung der Hauptstadtzulage verneinen, sehe ich mich ungerechtfertigt benachteiligt.

Ich mache gem. § 37 TV-L hiermit meine Ansprüche auf Zahlung der Hauptstadtzulage geltend. Sollten Sie mir die Hauptstadtzulage nicht gewähren wollen, bitte ich um schriftliche Ablehnung unter Darlegung Ihrer Ablehnungsgründe.

Mit freundlichen Grüßen

Name, Vorname